

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

39 (24.9.1947)

Parteitag aller Sozialisten Deutschlands

(Eigenbericht). Zu einem machtvol-
len Bekenntnis für die Einheit
Deutschlands, für Friede, Demokra-
tie und Sozialismus gestaltete sich
der 2. Parteitag der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands, zu dem
sich die gewählten Vertreter von
fast 2 1/2 Millionen Sozialisten aus
ganz Deutschland zusammengefunden
haben.

Der Parteitag wurde von dem
Vorsitzenden, Wilhelm Pieck mit
einer würdigen Ehrung der Toten
der Partei und einer herzlichen Begrü-
ßung der Veteranen der Arbeiter-
bewegung eröffnet, die als
Ehrgäste den Beratungen beiwoh-
nen. Besonders herzlich begrüßt
wurde Eugen Ernst, der heute
seinen 83. Geburtstag feiert.

Ihre besondere Bedeutung erhielt
die Tagung durch die Teilnahme
zahlreicher Delegierter aus vielen
europäischen Ländern. Freudiger
Beifall unterstrich die Begrüßungs-
worte, die Otto Grotewohl an
die Gäste aus dem Ausland, richtete.
„Zum erstenmal auf einem Parteitag
der deutschen Arbeiterbewegung
seit dem Zusammenbruch des
Hitlerregimes ertönte das Wort von
der internationalen Solidarität in so
vielen Sprachen,“ erklärte Otto Gro-
tewohl unter lang anhaltendem

Beifall. Aus der Sowjetunion, aus
Frankreich, Schweden, der Schweiz,
Belgien, Bulgarien, Luxemburg, Ju-
goslawien, Ungarn und Norwegen
waren Gäste erschienen, von denen
die Vertreter der Kommunistischen
Partei Ungarns, der Schweiz und Ju-
goslawiens herzliche Begrüßungs-
worte an den Parteitag richteten.
Rufe der Entrüstung wurden laut,
als Otto Grotewohl mitteilen
mußte, daß der stellvertretende Vor-
sitzende der Kommunistischen Par-
tei Englands, Palme Dutt, auf-
grund eines Verbotes der britischen
Militärregierung nicht erscheinen
konnte.

Nachdem Otto Grotewohl fer-
ner die Vertreter der Besatzungs-
macht, den stellvertretenden Ober-
bürgermeister von Berlin, mit be-
sonderer Herzlichkeit die Gäste aus
dem Westen, die Vorsitzender der
CDU, LDP, der VVN, des FDGB,
der FDJ, der VGB und des Kulturbun-
des begrüßt hatte, nahm Oberst
Tulpanow das Wort, um in einer
großen Rede im Namen der SMV
den Parteitag zu begrüßen.

Oberst Tulpanow bedauerte sehr,
daß die Marxisten aus der französi-
schen und einigen anderen westli-
chen Zonen „vielleicht infolge von
Schneeverwehungen“ nicht zum Par-
teitag kommen konnten und wies
dann darauf hin, daß ähnlich wie
vor 100 Jahren ein Feldzug gegen
die Kommunisten geführt wird. Als
Teilnehmer der großen sozialisti-
schen Oktoberrevolution schloß er
mit den Worten, daß die Geschichte
bewiesen habe, daß die marxisti-
sche Theorie lebensfähig ist und daß
der Sozialismus verwirklicht werden
kann.

Im Namen der Vertreter der Kom-
munistischen Partei in der britischen
Zone sprach Max Reimann. Er
erhob feierlich Verwahrung gegen
die undemokratische Verweigerung
der Interzonen-Pässe für die west-
deutschen Parteidelegierten. Max
Reimann betonte unter stürmi-
schem Beifall, daß auch solche Maß-
nahmen nicht verhindern werden,
daß der Parteitag der SED eine An-
gelegenheit der fortschrittlichen
Werkstätigen ganz Deutschlands ist.

Nach Begrüßungsansprachen von
Frau Schröder namens der gast-
gebenden Stadt, Hermann Matern
als Vorsitzender des Landesverbandes
Berlin der SED namens der
gastgebenden Parteiorganisation,
Hans Jendretzky im Namen der
Gewerkschaftler der Ostzone und
Erich Honecker, der die Grüße
einer halben Million fortschrittlicher
junger Menschen überbrachte, nahm
Max Fechner das Wort zu einer
großen, die eigentliche Parteitag-
arbeit eröffnenden Rede.

Max Fechner erinnerte die De-
legierten an die historische Bedeu-
tung der im vergangenen Jahre in
der Ostzone vollzogenen Vereinigung
der Arbeiterparteien und stellte
fest, daß sich die Sozialistische Ein-
heitspartei Deutschlands als die
aktivste antifaschistische
Kraft in Deutschland erwiesen
hat. Dem Parteitag komme daher ge-
samtdeutsche Bedeutung zu. Dar über
hinaus ist die Arbeit der SED für
die Entwicklung der sozialistischen
Kräfte in ganz Europa von Bedeu-
tung, denn überall leide die Ar-
beiterbewegung unter der Spaltung,
die in der Ostzone Deutschlands
überwunden wurde. In seiner Rede
zeigte Max Fechner die Haltlosigkeit
der gegen die Ostzone erhobenen
Beschuldigungen. Hier wurde —
nicht zuletzt durch die Tätigkeit der
SED — der Grundstein zu einer
wirklich demokratischen Entwick-
lung gelegt, während das Fehlen der
demokratischen Reformen die Nicht-
durchführung der Entmachtung von
Junkern und Monopolkapitalisten
im Westen dem Wiederaufleben der
Reaktion Tür und Tor öffnen. Für
die Feinde der Freiheit
kann es keine Freiheit,
für die Feinde der Demokra-
tie kann es keine Demokra-
tie geben, rief Max
Fechner aus.

Das Werk der demokratischen Er-
neuerung, das in der Ostzone begon-
nen wurde, hat mit Sozialismus
noch nichts zu tun. Unsere Aufgabe
ist die Sicherung der Demokratie,
die Abwehr aller Gegenstöße der
Reaktion, um auf diesem Wege den
Aufbau einer sozialistischen Gesell-
schaftsordnung zu ermöglichen.

Max Fechner setzte sich dann
mit der Antisowjethetze ausein-
ander und stellte fest, daß die anti-
sowjetische Politik niemals deutsche
Politik sein kann. Von entschei-
dender Bedeutung sei es, daß die So-
wjetunion als einzige der Besatzungs-
mächte für die Einheit Deutschlands
eintritt. Max Fechner sprach die
Hoffnung aus, daß diese Haltung der
Sowjetunion auch auf der Londoner
Konferenz zum Ausdruck kommen
möge.

Abschließend erklärte der Redner,
daß der Kampf um die Einheit
Deutschlands fortgesetzt werde, un-
beachtet aller Rückschläge; der
Kampf um die Einheit der Arbeiter-
bewegung in ganz Deutschland werde
eines Tages siegreich beendet wer-
den.

Koalitionspolitik versagt

Die KPD Bayern zum Austritt der SPD aus der Koalitionsregierung

Das Sekretariat des Landesverbandes
der KPD Bayern begrüßt den Be-
schluß des Landesausschusses der SPD,
seine Mitglieder aus der Regierung
Ehard zurückzuziehen. Diese Ent-
scheidung ist die Anerkennung der
Tatsache, daß die Koalitionspolitik völ-
lig versagt hat. Durch den Austritt
aus der Regierung ist die Koalition-
politik noch nicht überwunden. Wenn
diese Entscheidung der tatsächlichen
Absicht entspricht, mit wirksamen
Maßnahmen der Katastrophe des kom-
menden Winters zu begegnen und dem
vom Hunger bedrohten Volke zu hel-
fen, so müßten beide Arbeiterparteien
und die Gewerkschaften in den Be-
trieben und Orten, in Stadt und Land
sich zu einer festen Aktionsgemein-
schaft zusammenschließen. Das wäre
der erste und vordringlichste Schritt
auf dem Wege zur Ueberwindung der
großen Not.

Entsprechend der Politik unserer
Partei, wie wir sie insbesondere von
1945 ab verfolgt haben, den verhäng-
nisvollen Bruderzwist zwischen SPD
und KPD zu begraben, gemäß dem
Beschluß beider Arbeiterparteien, wie
er im Aktionsgemeinschaftsprogramm
vom 8. August 1945 seinen Ausdruck
fand und unsere Erklärung vom 14.
August 1947 unterstreicht unsere Par-
tei heute nochmals:

„Die Arbeiter und die Werkstätigen
sind der Worte überdrüssig und wol-
len endlich fortschrittliche Taten
sehen.“

Daher wird der Landesverband der
KPD Bayern mit geeigneten Mitteln
für die auch im sozialdemokratischen
Aktionsprogramm enthaltenen Forde-
rungen der Werkstätigen eintreten und
gemeinsam mit allen SPD-Genossen,
mit den Gewerkschaften und Betriebs-
räten auf betrieblicher oder örtlicher
Grundlage Aktionskommissionen bil-
den, um die Forderungen der Werk-
tätigen im Kampf durchzusetzen.

Die erste Lage erfordert die rasche
Lösung so wichtiger Fragen, wie die
der Ernährung und Versorgung mit
Gütern täglichen Bedarfs, wie des
Wohnungs- und Heizproblems, der Bo-
denreform und der Hilfe für die
Flüchtlinge, Entnazifizierung vor allem
der großen Nutznießer und der Ent-
fernung der reaktionären Bürokratie
aus der Verwaltung. (Aus der Erklä-
rung vom 14. 8. 47).

Die Kommunistische Partei wird ihre
Bemühungen in dieser Linie mit noch
größerer Energie fortsetzen.

Wir fordern alle kommunistischen
Genossen auf, zum Zwecke der Durch-
führung dieser Maßnahmen sich mit
den sozialdemokratischen Genossen zu
verbünden.

Auf dem Wege zur Pressefreiheit: Ein Schritt zurück!

Mit Bedauern müssen unsere
Freunde und Leser die Wahrneh-
mung machen, daß wir mit der vor-
liegenden Nummer gezwungen sind,
wieder im Kleinformat zu erschei-
nen. Es ist dies nicht unser freier
Entschluß, sondern einschlägige An-
ordnungen der Militärregierung
schreiben uns dies vor. Dieser
Schritt zurück auf dem Wege zur
Pressefreiheit kam unerwartet. Wir

hätten uns vielmehr eine Erweite-
rung unseres Umfangs im Rahmen
der Zulassung der Parteipresse über-
haupt gewünscht. Einem immer grö-
ßeren Kreis von Lesern sind wir
unentbehrlich geworden, weil wir
den Mut haben, die Dinge auszu-
sprechen, wie sie sind und unent-
wegt für die wahren Interessen des
Volkes eintreten. Wir werden auch
in dem neuen beschnittenen Format

unseren Kurs beibehalten und uns
dabei an das Goethewort erinnern:
„Auch mit Kleinem tut man große
Taten.“ Unsere Freunde werden uns
die Treue halten, und wir hoffen,
daß die Militärregierung auch in der
amerikanischen Zone als dem letzten
Gebiet Deutschlands einen weiteren
Schritt zur Pressefreiheit tun und
bald eine reguläre Parteipresse zu-
lassen wird.

748 Kalorien täglich

in der

2. Woche der 106. Kartenperiode
(21.—28. 9. 1947)

erhält die Bevölkerung von
Mannheim.

(Diese Kalorienmenge ist von uns
errechnet auf Grund der im Amts-
anzeiger aufgerufenen Lebensmittelmengen
und der Kalorienrechnung des
Alliierten Kontrollrates, veröf-
fentlicht in „Die Neue Zeitung“. Sie
deckt sich nicht mit dem vom Wirt-
schaftsamt Mannheim auf Anfrage
bekannt gegebenen Tagesdurchschnitt
von 1211 Kalorien und erstreckt sich
nicht mit den sagenhaften 1550 Kalo-
rien, die wir bisher nie bekommen
haben. Wir werden laufend an dieser
Stelle der Bevölkerung die wirkliche
tägliche Kalorienzahl bekannt geben.)

Badische
Landesbibliothek

Wir brauchen die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands

In seiner Eröffnungsrede auf dem zweiten Parteitag der SED führte Max Fechner aus:

Wir sind eine deutsche Arbeiterpartei, und unsere Pflicht ist es, die Interessen unseres Volkes zu vertreten. Wir haben bisher offen betont, daß das deutsche Volk nicht deshalb vom deutschen Monopolkapitalismus befreit wurde, damit es nun dafür einen ausländischen Monopolkapitalismus eintauschen soll. In allen unseren Entscheidungen, die wir im Hinblick auf diese lebenswichtige Frage unseres Volkes getroffen haben, lassen wir uns nur von einer Erkenntnis leiten:

Wir brauchen die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands.

Das ist das A und O unserer gesamten Politik. Es erfüllt uns mit Genugtuung, daß das deutsche Volk in diesem Kampf um seine nationale Einheit nicht ganz allein steht. Wir begrüßen es, daß die Regierung der Sowjetunion sich den Willen der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes zu eigen gemacht hat und auf allen Konferenzen der Siegermächte für die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit unseres Landes eingetreten ist.

Wir hoffen und bitten, daß dieser große Fürsprecher für unsere wahren nationalen Interessen auch auf der kommenden Londoner Konferenz sich den Versuchen entgegenstellen wird, Deutschland aufzuspalten. Sollte es aber den reaktionären Kräften in der Welt trotzdem gelingen, unser Land zu zerschneiden, so glaube ich, wird auch das höchste Gremium unserer Partei diese Frage dahin entscheiden, daß die Sozialistische Einheitspartei den politischen Kampf um die nationale

Einheit Deutschlands so lange führen wird, bis diese Einheit eines Tages doch wieder gesichert ist.

Mögen Klugheit und Weitsicht, mögen staatsmännische Verantwortung und demokratische Gesinnung mit an dem Runden Tisch auf der Londoner Konferenz Platz nehmen, damit endlich

unserem Volke ein lebenswerter Frieden gegeben wird.

Wir erstreben die Einheit aller Sozialisten in Deutschland. Wir kämpfen für ein einheitliches demokratisches Deutschland, für ein Land der Gerechtigkeit, des Fortschritts und des Sozialismus.

Tagung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD

Volles Stimmrecht auf dem Parteitag der SED

Die Tagung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD in Berlin schloß am 19. September mit der Bildung einer Leitung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD aus 50 Mitgliedern, und zwar: 20 Vertretern der sowjetischen Besatzungszone und 30 Vertretern aus dem Westen, und mit der Annahme eines Antrags an den 2. Parteitag der SED, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Delegierten der heutigen Tagung der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD begrüßen brüderlich den 2. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Die Delegierten der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD haben sich mit dem unentwegten Ziel der Schaffung der SED in ganz Deutschland beschäftigt und über die nächsten Wege seiner Verwirklichung beraten. Sie bedauern, noch nicht als Delegierte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands aus dem Westen, Süden und Norden der deutschen Heimat

kommen zu können und ersuchen deshalb um das Gastrecht auf dem 2. Parteitag der SED.

Im Interesse der weiteren Stärkung und Festigung der deutschen Einheitsbewegung in ganz Deutschland würden es die sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Delegierten der Arbeitsgemeinschaft begrüßen, wenn sie an den Beratungen des für die Einheit der Arbeiterklasse und der Einheit Deutschlands bedeutungsvollen Parteitages teilnehmen könnten.“

Als dieser Antrag am 20. September auf dem 2. Parteitag der SED verlesen wurde, erklärte Otto Grotewohl: „Ich sehe in euch keine Gäste auf unserem Parteitag, sondern wir betrachten euch als gleichberechtigte, proletarische Brüder.“ Durch einstimmigen Beschluß wurde den Delegierten der Arbeitsgemeinschaft SED-KPD das volle Stimmrecht auf dem Parteitag zugesprochen.

Marshall-Plan, Industrieniveau und deutsches Problem

Auf seinem Weg nach New York wurden dem stellvertretenden Außenminister der SU, Wyschinski, in London einige Fragen gestellt. Kurz und treffend beantwortete er sie.

Frage: „Wird Rußland seine Haltung zum Marshall-Plan ändern?“

Antwort: „Welcher Plan? Vielleicht können die Londoner Journalisten mir sagen, um was für einen Plan es sich handelt und was bisher mit ihm geschehen ist?“

Frage: „Haben die kürzlichen anglo-amerikanischen Beschlüsse über das deutsche Industrieniveau zur Lösung des deutschen Problems beigetragen?“

Antwort: „Diese Fragen betreffen Deutschland als Ganzes und das Potsdamer Abkommen besagt, daß solche Dinge nur von allen vier Mächten zusammen entschieden werden können und nicht von einer einzigen, wie mächtig sie auch immer sei.“

Frage: „Ist die Rücksendung jüdischer Emigranten nach Deutschland ein Schritt zur Lösung des Verschlepptenproblems?“

Antwort: „Es ist überhaupt kein Schritt.“

Frage: „Wollen Sie etwas über den Beschluß der kürzlich stattgefundenen Rio-Konferenz sagen, wonach die amerikanischen Verteidigungspläne Grönland und den Südpol einschließen müssen?“

Antwort: „Wenn Leute von Verteidigung sprechen, ist es interessant, zu wissen, gegen was sie sich verteidigen wollen. Das wurde nicht klar gesagt. Sehr oft, wenn jemand von Verteidigung spricht, bereitet er sich zum Angriff vor.“ (Daily Worker, 10. 9. 1947.)

Riesenprofite amerikanischer Monopole

Amerika steuert mit Riesenschritten einer neuen Wirtschaftskrise entgegen. Charakteristisch dafür sind zwei Erscheinungen: einmal die ständige Preiserhöhung für Rohstoffe und zum anderen die riesenhafte ansteigenden Gewinne der Trusts und Konzerne. Parallel damit steigen die Lebenshaltungskosten der werktätigen Massen.

Die American Rolling Mill Co. erhöhte den Preis für warmgewalzte Stahlprodukte von 50 auf 56 Dollar pro Tonne und für kaltgewalzte von 64 auf 71 Dollar. Sie war der erste amerikanische Konzern, der seine Stahlpreise erhöhte.

Die Republic Steel Corp. und National Steel Corp. folgten dem Beispiel und erhöhten ihre Preise um ungefähr 9 Prozent. Jonas & Laughlin setzte die Stahlpreise um 5 bis 10 Dollar pro



Einheit immer — Spaltung nimmer!

Zwecklügen zur Spaltung Deutschlands

Der Stuttgarter Rundfunk, die lizenzierte Presse und eine Reihe kleinerer Blätter der CDU, DVP und SPD verbreiten in diesen Tagen wiederum eine infame Falschmeldung. Es wird die unsinnige Behauptung aufgestellt und verbreitet, daß auf verschiedenen Konferenzen der SED, so in Dresden und auf einer Kreistagung in Sondershausen (Thüringen) die Forderung nach einem Anschluß der Ostzone Deutschlands als 17. Sowjet-Republik an die UdSSR aufgestellt worden sei.

Die neueste Variante, für die sich gleichfalls Druckerschwärze und Papier findet, will wissen, daß das Verschwinden des Ministerpräsidenten Dr. Paul mit der unmittelbar beabsichtigten Schaffung der „Sowjetrepublik Ostdeutschland“ in Zusammenhang stehe. Dr. Paul sei nämlich ausersehen gewesen, diesen sagenhaften Staat auszurufen, und um sich diesem Befehl zu entziehen, habe er die Flucht ergriffen.

Der tiefere Sinn solcher verbrecherischen Lügenmeldungen ergibt sich aus der Tatsache, daß die reaktionären Kreise in Deutschland, zusammen mit den ausländischen Monopolen ihre Anstrengungen verstärken, Deutschland entgeltlich in zwei Teile aufzuspalten. Schon bei der Bildung des bizonalen Wirtschaftsrates war ersichtlich, was heute immer klarer zutage tritt, daß dieser nicht nur rein wirtschaftliche Funktionen, sondern auch politische Aufgaben zu erfüllen hat und eine Art Regierung für Westdeutschland darstellt. Der von Hoover entwickelte Plan der Schaffung eines westdeutschen Staates und der Vorschlag eines Separatfriedens — mit diesem wurde vor einiger Zeit durch den im amerikanischen Sektor Berlins erscheinenden „Tagesspiegel“ aufgegriffen. Eric Reger, der Lizenzträger des „Tagesspiegel“ schlägt vor, zur Hundertjahrfeier der 48er Revolution in der historischen Paulskirche in Frankfurt eine westdeutsche föderalistische Bundesrepublik

auszurufen. Noch deutlicher spricht sich das AFL-Hetzblatt „Internationale Freie Gewerkschaftliche Nachrichten“, das von der reaktionsfreundlichen gewerkschaftsähnlichen AFL kostenlos den Funktionären der Gewerkschaften in der Bizone aufgenötigt wird, in der Juni-Ausgabe 1947 dafür aus, „sofortige Schritte zur Errichtung eines souveränen deutschen Staates in den heutigen Westzonen zu unternehmen“.

Das also ist des Pudels Kern und der Sinn der erwähnten Falschmeldungen. Weil man also die feste Absicht hat, Deutschland aufzuteilen, ruft man möglichst laut „Haltet den Dieb“ und unterstellt die eigenen Absichten den andern. Die Meldung von der 17. Sowjetrepublik Ostdeutschland ist eine schützige Zwecklüge. Die Absicht aber, Deutschland zu spalten und zu zersplittern und durch die Schaffung eines Staates Westdeutschland das Erstehen eines unabhängigen und unteilbaren demokratischen Deutschland zu verhindern, ist eine Tatsache. —kw—

Die Bürokratenlawine

Riesenhafter Beamtenapparat — Instrument der Reaktion

Lawinenartig wächst der Beamtenstab der deutschen Behördenorganisationen in der amerikanisch-britischen Bizone. Die „Wirtschaftszeitung“ Stuttgart spricht mit Recht von einem „märchenhaften und beunruhigenden Aufstieg der Bürokratie“, deren fortschreitende zahlenmäßige Aufblähung in umgekehrtem Verhältnis zu ihrem immer offensichtlicheren Versagen steht.

Die Verwaltung ist heute in der Bizone zum „zweitgrößten Wirtschaftszweig“ überhaupt geworden und nicht weniger als 14 Millionen Arbeitskräfte sind mit Lenken und Verwalten, d. h. mit der Sabotage unserer Ernährung, der Desorganisation der Wirtschaft und der Festigung der Herrschaft der Reaktion beschäftigt. Selbst die Ziffern aus dem Dritten Reich mit seinen politischen „Führungsstellen“, seinen Heeren von Amtswältern und hauptberuflichen SA- und SS-Leuten, dem großen Apparat der Nazipartei, der Arbeitsfront, der verschiedensten Verbände, des Reichsarbeitsdienstes und der Wehrmacht werden durch das neue bürokratische Riesengebilde, in dessen

Schlüsselpositionen führende Wirtschaftsgrößen der Nazizeit verankert sind, das erdrückend auf uns lastet, weit zurück gelassen.

Für die bizonale Bürokratie des Zweizonen-Wirtschaftsrates, der nach der neuen Hauptstadt von Bizonalien, nach Frankfurt/M., übersiedelt, müssen 1000 Büros sowie Wohnungen für 12000 Beamte zur Verfügung gestellt werden. 8000 Baufacharbeiter werden für die Herrichtung der Wohnungen benötigt, dabei verfügt ganz Hessen überhaupt nur über 1500 Fachkräfte im Baugewerbe. Das heißt mit anderen Worten, daß die fehlenden Bauarbeiter von überall herbeigeht werden müssen und damit für den Bau von Wohnungen für die ausgebombte Bevölkerung ausfallen. So muß die Stadt Kassel — die am meisten zerstörte deutsche Stadt — nicht weniger als 537 Bauarbeiter stellen, die dabei den dringenden Wiederaufbauarbeiten entzogen werden. Dabei bedient man sich der ausgesprochenen Schwarzhandelsmethoden, den „Wirtschaftsrat-Mandanten“ ungesetzlicherweise 20% mehr Lohn, Essen und Kleidung zuzusagen.

Nach einer Anordnung des amerikanischen Hauptquartiers für Europa werden den Angestellten der bizonalen Behörden in Frankfurt rund 100 Tonnen Möbel und Hausgerät zur Verfügung gestellt, die zum Teil aus den beschlagnahmten Wohnungen unbelasteter Bürger stammen.

Durchsetzt mit reaktionären Kräften — allein 1600 Pgs. befinden sich unter den 2000 Beamten des Verwaltungsamtes für Wirtschaft in Minden —, arbeitet die bizonale Verwaltungsbürokratie im Interesse der reaktionären Kräfte für die volksfeindlichen Ziele der Konzernherren und Monopolisten. Es droht die Gefahr, daß dieser gigantische Apparat in Diensten der Reaktion unserer Ernährung und Versorgung und dem für eine bessere Zukunft unseres Volkes unerläßlichen demokratischen Aufbau der Wirtschaft den Todesstoß versetzt. Deshalb erfordert das Lebensinteresse des Volkes die rascheste Säuberung, Umgestaltung und Vereinfachung des aufgeblähten Verwaltungsapparates.

Tonne herauf. Man nimmt an, daß entsprechende Erhöhungen in der weiterverarbeitenden Industrie folgen werden, besonders in der Automobilindustrie.

Demgegenüber stehen die Riesenprofite der amerikanischen Trusts. Die General Electric Co. verzeichnete im ersten Quartal 1947 einen Reingewinn von 21,2 Millionen Dollar gegenüber 7,7 im Vorjahre. Der Halbjahresgewinn betrug 37,9 Millionen Dollar.

Die Philipps Petroleum Co. erzielte im ersten Halbjahr 1947 einen Reingewinn von 15,5 Millionen Dollar gegenüber 8 Millionen. Im Geschäftsbericht erklärt der Konzern die Verdoppelung seines Reingewinnes mit einer bisher nie erreichten Nachfrage und erhöhten Preisen für Rohöl und raffinierte Ölprodukte. Zeitweilig mußte der Konzern sogar eine Rationierung seiner Produkte vornehmen.

Der Reingewinn der Shell Union Oil für das erste Halbjahr 1947 beträgt 23,3 Millionen Dollar gegenüber 15,1 Millionen Dollar.

Die Chile Copper Co., Tochtergesellschaft der Anaconda Copper Mining Co. verteilte eine Dividende von 0,75 Dollar pro Aktie gegenüber 0,50.

Im Dienste des Volkes

hat die kommunistische Stadtratsfraktion in Mannheim in der vergangenen Woche folgende Anträge eingebracht:

- A/66 Aufhebung des Verbotes des Neubaus von Siedlungsheimen und Kleinstwohnungen.
- A/67 Errichtung einer Lebensmittelkarten-Ausgabestelle im Stadtteil Pfingstberg.
- A/68 Wiederübernahme der Freibank durch die Stadt.
- A/69 Prüfung der Möglichkeit der Gasversorgung für den Stadtteil Lindenhof.
- A/70 Laufende Sonderzuteilung an Holz für die Haushaltungen

des nicht an das Gasnetz angeschlossenem Stadtteil Lindenhof.

- A/71 Lernmittelfreiheit in den Mannheimer Volksschulen gemäß der Verfassung von Württemberg-Baden.
- A/72 Zulassung der Öffentlichkeit zu den Stadtratsitzungen, wie dies der Landtag beschlossen hat.
- A/73 Beteiligung der Stadt Mannheim mit einem angemessenen Betrag an der Spende für die „Exodus“-Flüchtlinge.
- A/74 Eröffnung eines Volksbadbetriebes im Stadtteil Rheinau.

Sabotage demokratischer Grundrechte

Um die Öffentlichkeit bei den Gemeinde- und Stadtratsitzungen

Landau, landab tagen durchweg immer noch die Gemeinderäte im stillen Kämmerlein. Man trifft keine Anstalten, um den Beschluß des württembergisch-badischen Landtags vom 24. Juni zu verwirklichen und der Öffentlichkeit den Zutritt zu den Sitzungen möglich zu machen. In vielen Fällen lehnt man es sogar direkt ab, das Volk, oder wenigstens die Vertreter der Parteien, zuzulassen. Teilweise erklärt man, daß noch keine Ausführungsbestimmungen vorhanden seien, wobei es schwer verständlich ist, warum für eine so klare und einfache Sache erst noch Ausführungsbestimmungen gebraucht werden.

In Mannheim ist an Stelle des Volkes nur die Presse zugelassen, aus platztechnischen Gründen. Aber auch das paßt gewissen Patendemokraten nicht. Dem Beschluß des Stadtrates in der Sitzung vom 18. 9., den bisherigen Direktor Stadler des Krankenhauses durch Herrn Dr. Zenker zu ersetzen, ging eine weitschweifige Debatte voraus. Stadtrat Wittkamp von der CDU propagierte dabei nicht mehr und nicht weniger als den Ausschluß des „Volksechos“ von der Teilnahme an den Stadtratsitzungen. „Man sollte sich überlegen“, sagte Herr Wittkamp, „ob man derartige Pressevertreter zuläßt.“ Und was nahm er für eine derartige undemokratische Forderung zum Anlaß? Unseren wahrheitsgetreuen Bericht über die Vorgänge im Krankenhaus, wie sie uns auf Grund der Debatte im Stadtrat bekannt geworden sind. Tausende von Broten, tausende Eier, 100 Kilo Butter und große Mengen anderer Lebensmittel wurden im Krankenhaus bekanntlich von der Krankenkost eingepart. Die Existenz von 22 000 kg gehorteten Lebensmitteln hatte die Oberschwester einfach vergessen, große Mengen von Fruchtsäften wurden gelagert; dies alles berichteten wir und auch die Tatsache, daß CDU und DVP gegen die Beurlaubung von Direktor Stadler, der für die Vorgänge im Krankenhaus verantwortlich ist, gestimmt haben. Und weil wir diese Tatsachen der Öffentlichkeit nicht verschwiegen haben, deshalb die Wut des CDU-Stadtrates, dessen Ausführungen von Stadtrat

Weber auf das schärfste zurückgewiesen wurden.

Die Lehre: Von der Beschlußfassung im Landtag bis zur Verwirklichung in der Praxis ist ein weiter Weg. Die Bemühungen der Reaktion, fortschrittliche Beschlüsse des Landtages in ihrer Durchführung zu verhindern, zu verfälschen oder unwirksam zu machen, sind groß und beharrlich. Wenn die demokratischen Kräfte, wenn das arbeitende Volk nicht eine ebensolche Beharrlichkeit im Kampf um ihre Rechte aufbringt, dann bleiben auch die bestgemeinten Beschlüsse unserer Volksvertretung auf dem Papier. -gr-

Undurchsichtiger Export nach Frankreich

Ein Mißverhältnis zwischen der Erzeugung in der französischen Zone und dem Angebot in Frankreich scheint zu bestehen. Man weiß nicht recht, wo die aus Deutschland nach Frankreich eingeführten Waren eigentlich hingehen. Die Möbelfabriken im Schwarzwald arbeiten z. B. fast ausschließlich für Frankreich. Komplette Schlafzimmer werden zu dem für französische Verhältnisse niedrigen Preis von RM 600,- geliefert. Aber die deutschen Modelle entsprechen weder dem französischen Geschmack, noch sind sie den im allgemeinen kleinen Wohnungen in Frankreich angepaßt. Sie können nur im Elsaß verwendet werden. Trotz erheblicher Ausfuhr aus der französischen Zone nach Frankreich werden deutsche Waren auf dem französischen Markt praktisch kaum angeboten. Daher wird angenommen, daß sie größtenteils von Frankreich aus reexportiert werden. Die zu erzielenden Gewinnspannen sind hoch.

„Wirtschaftszeitung“ Stuttgart.

Westzonen-Reparationslieferungen

Einen interessanten Einblick in die Exportverhältnisse der Westzonen gibt die „Berliner Zeitung“:

„Der Export der Westzonen erreicht mit einem Gesamtwert von 224 Millionen Dollar im Monat Juli einen neuen Höchststand. Es stellten sich jedoch dabei nur knapp 23% als sogenannte echte Exporte dar, d. h. Exportwaren, die nur von der Westzonen-Industrie für das Auslandsgeschäft hergestellt wurden. 77% des Juli-Exportes der Westzonen waren Reparationslieferungen von Holz und Kohle.“

„Berliner Zeitung“

Junge Katholiken gegen CDU

In der katholisch. Halbmonatsschrift „Ende und Anfang“ hat vor kurzem ein junger Katholik, Theo Pirker, scharf ablehnend gegen die CDU Bayerns Stellung genommen. In einem Leitartikel „Auch nicht die CDU“ in der Nr. 9 vom 1. 8. 47 weitet ein anderer Vertreter der jungen kath. Generation, Werner Adrian, diese Stellungnahme auf die CDU oder CDP anderer Zonen aus. Er schreibt u. a.: „Bei den ersten Wahlen wählten wir CDU, als das vermeintlich kleinere Uebel, in dem Glauben, daß unter dem Druck der deutschen Not über die Propaganda hinaus bewiesen würde, daß es einem Ernst sei mit der Politik aus christlicher Verantwortung heraus. Doch wie wurden wir enttäuscht!

Und dann wird der Name Christentum in einen Parteinamen hineingezwängt. Kam Christus für eine Partei oder kam er nicht für uns alle? Die Masse der Arbeiterschaft, der das Christentum in zwölfjährigem Widerstand Achtung abgewonnen hatte und damit eine wesentliche Voraussetzung für die Rückkehr der Arbeiterschaft zum Christentum schuf, muß sich dem Christentum nun wieder als parteipolitischem Gegner gegenübersehen, als Schutzwall des monopolistischen Industriekapitals gegen ihre berechtigten Ansprüche auf Vergesellschaftung und Beteiligung an den Erträgen ihrer Arbeit.

Abgesehen davon, daß man die sozialen Rundschreiben der Päpste bis in die letzte Zeit hinein mehr nach ihren Forderungen auf Eigentumsverpflichtung hin kommentierte, abgesehen davon, daß man trotz Ahlener Programm die Lösung brennender sozialer Fragen - Sozialisierung, Flüchtlingsproblem - mit Wenn und Aber hinauszögert, ist die Verküpfung „christlich“ mit „demokratisch“ oder „sozial“ Symptom einer einzigartigen Begriffsverwirrung.

Mit vorgefaßten Ideologien, auch wenn es sich hier um die christlich-demokratische oder christlich-soziale Mixtur handelt, kommen wir nicht weiter. Mit einer christlich-demokratischen Partei machen wir das Christentum selbst - ob gewollt oder ungewollt - zu einer Partei- und Klassenangelegenheit.

Freiheit der Persönlichkeit

Dr. Adenauer oder Adolf Hitler?

Hinter dem viel gebrauchten Schlagwort von der „Freiheit der Persönlichkeit“ verbirgt sich das Bestreben der Monopolherren, ihre alte Macht zu halten und auszubauen. Die Verkündung dieses Begriffes ist nicht neu; schon Adolf Hitler hat ihn im Auftrag des Monopolkapitals verbreitet und das von Dr. Adenauer ausgearbeitete Sozialprogramm der CDU stellt ihn als Leitsatz heraus. Es wird schwer sein, die beiden nachfolgenden Zitate zu klassifizieren, so sehr gleichen sie sich wie ein Ei dem anderen:

1.

„Die Persönlichkeit der Wirtschaft ist unsere Rettung. Der Verfall tritt ein, sobald der Persönlichkeitswert negiert wird. Die Absicht der Politik, die Wirtschaft zu demokratisieren, hat gezeigt, welche verderblichen Folgen daraus entstehen.“

2.

„Ausgangspunkt aller Wirtschaft ist die Anerkennung der Persönlichkeit, Freiheit der Person auf wirtschaftlichem Gebiet und Freiheit der Person auf politischem Gebiet hängen eng zusammen.“

*

Welches der beiden Zitate stammt nun von Dr. Adenauer und welches von Adolf Hitler? Wir fragen dies

Gedenktage

DER WOCHE

- 20.-24. 9. 1947 2. Parteitag der SED.
- 25. 9. 1945 Eröffnung der Weltgewerkschaftskonferenz in Paris (bis 10. 10.)
- 26. 9. 1943 Kurt Rosenfeld, Sozialist, gestorben.
- 28. 9. 1895 Louis Pasteur, französischer Naturforscher, gestorben.
- 1864 Gründung der internationalen Arbeiter-Assoziation in London (I. Internationale).
- 28. 9. 1945 Gedenktag für die „Opfer des Faschismus“ in Sachsen.
- 1930 J. J. Repin, russischer Maler, gestorben.
- 1902 Emile Zola, französischer Schriftsteller, gestorben.
- 30. 9. 1890 Aufhebung des Sozialistengesetzes nach zwölfjähriger Dauer.
- 1. 10. 1918 Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Kreisschulrat

Lothar Herkel

gestorben

Ein Kämpfer um die Einheit der Arbeiterklasse, ein fortschrittlicher verdienter Schulmann, ein edler Mensch hat uns verlassen.

Wir übermitteln allen Mitkämpfern der Einheit und Freiheit Deutschlands die Nachricht vom Tode Lothar Herkels. Er tat zuletzt Dienst als Kreisschulrat in Mosbach und hat sich nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches aktiv in den Wiederaufbau des Schulwesens gestellt.

Getreu seiner Lebensaufgabe als Sozialist, war er ein unermüdlicher Kämpfer um die Einheit der Arbeiterklasse, für die Einheit Deutschlands. Am 9. September 1947 ist dieser hervorragende Mann unerwartet im Alter von 69 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Lothar Herkel ist in Mannheim als Stadtschulrat und Sozialist hervorgetreten, große Verdienste erwarb er sich um die Entwicklung des Schulwesens in unserer Stadt. Im Mannheimer Bürgerausschuß, dem er über ein Jahrzehnt angehörte, bewährte er sich als hervorragender, konsequenter Kämpfer für Fortschritt und Sozialismus.

Daß er unter der Nazidiktatur aus dem Schuldienst entlassen wurde, konnte seine Tätigkeit als Pädagoge hemmen, doch sein Wille zur Freiheit, sein Kampf ums Recht, blieb unverändert Gesetz seines Lebens.

Die Bestattung Lothar Herkels am 12. September 1947 in Mosbach gestaltete sich zu einem Bekenntnis aller freiheitsliebenden, fortschrittlichen Kräfte für die Einheit Deutschlands, für die Einheit der Arbeiterklasse, für ein wahrhaft demokratisches Deutschland.

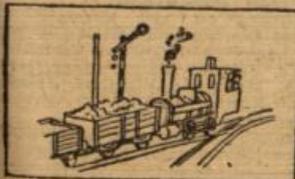
Das Land Baden verliert in Lothar Herkel einen seiner besten Schulmänner, die Arbeiterklasse einen aufrechten Streiter um den Sozialismus.

unsere Leser. Sicher ist, daß in beiden Fällen der Vater dieser ideologischen Offensive niemand anders ist als das Monopolkapital, welches in neuer Verkleidung und mit den alten bewährten Rattenfänger melodien versucht, sein altes gefährliches Spiel noch einmal zu beginnen.

Bekanntmachung

Beratungsstunden der Kreisleitung der Kommunistischen Partei Heidelberg: Täglich von 15-17 Uhr, außer mittwochs und samstags, im Parteibüro Heidelberg, Rohrbacher Straße Nr. 13-15 (Gewerkschaftshaus) Zimmer 24. Beratungen in allen öffentlichen und privaten Angelegenheiten.

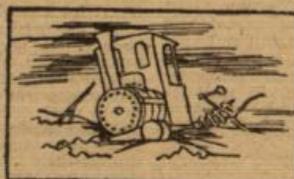
Eltern! Jugendliche!
In allen
Jugendangelegenheiten
erteilt
Raf und Auskunft
das
Jugendsekretariat der KPD
Mannheim, S 3, 10
Jeden Montag von 16-18.30 Uhr



Einst fuhr die Maschine in eifrigem Gang Durch Deutschlands blühende Auen. Da hatt' unser Name noch tönenden Klang Und wir zur Maschine Vertrauen.



Als Wahnwitz ertrotzte den Führerstand, Gab's überall Trümmer und Scherben. Es tobte ein Narr durch das deutsche Land, Das war der Maschine Verderben.



Als schließlich der Wüstling auskutschert, Der Rechenschaft feig sich entzog, Da wurden die Räder abmontiert, (Die „Achse“ war längst verbogen!)



So lag die Maschine als totes Gestell, In Deutschland herrscht Tod und Verwesung. Da baut man ihr unter zwei Räder schnell Und hofft auf Erfolg und Genesung.

Umsonst ist sämtlicher Heizer schweiß, Ob sie jung oder älter an Jahren, Die Maschine sitzt nun einmal auf dem Steiß; So kann sie nur rutschen, - nicht fahren.

Wenn Ihr die Maschine kurieren wollt, So baut ihr vier Räder Es müssen - daß wieder uns Achtung man zollt, - Vier Zonen - ein Deutschland sein. Lux.

Nazidemonstrationen auch in Mannheim

(Eigen-Bericht). Nach den frechen Naziprovokationen in verschiedenen Orten Deutschlands, zuletzt in Stuttgart, wo Nazis unter dem Absingen nationalsozialistischer Lieder durch die Stadt marschierten und die „Falken“-Fahne am Schloßplatz herunterrissen, wird jetzt auch aus Mannheim-Käfertal ein ähnliches Vorkommnis bekannt. Am Montag, den 15. Sept., zog eine Gruppe von 23- bis 25-jährigen, unverbesserlichen Hitleranhängern, die inzwischen identifiziert werden konnten, durch die Straßen des Stadtteils Käfertal-Nord, unter dem Gröhlen von Hitler-Liedern, wie „SA marschiert“ und „Heute hört uns Deutschland und morgen die ganze Welt“. Vor den Häusern verschiedener Arbeiterfunktionäre machten sie halt, stießen Drohungen aller Art aus, warfen Fensterscheiben ein und schrien: „Heraus, ihr Lumpengesindel, wir drücken euch zu Brei!“ Die Bewohner des Stadtteils sind aufs höchste empört und beunruhigt. Anzeige wurde bereits erstattet, und es ist zu erwarten, daß mit aller Schärfe gegen die immer frecher werdenden Untergrundnazis vorgegangen wird.

Praktische Hilfe für die Neubürger Solidaritäts-Aktion der Kommunisten in Jlvshheim

(Eigen-Bericht). Die öffentliche Veranstaltung für die Neubürger am Sonntag, 21. Sept., in Jlvshheim stand im Zeichen der praktischen Solidarität, welche durch die Kommunistische Partei für die Neubürger organisiert wird. An sämtliche Neubürger-Familien von Jlvshheim wurden Küchengeräte und Gebrauchsartikel verteilt, die durch die Kommunisten von Mannheim und Umgebung gesammelt worden waren. Außerdem erhielten die Rentner und Witwen unter den Neubürgern Geldbeträge.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen die Ausführungen der Genossin Luise Grimm und des sudeten-deutschen Flüchtlings Hüttl. Luise Grimm versicherte, daß die Kommunisten jederzeit die gerechten Forderungen der Flüchtlinge unterstützen und dafür kämpfen werden. Neubürger Hüttl ging auf die Ursachen des Flüchtlingselends ein als Folge des faschistischen Raubkrieges und zeigte den Weg auf, den die Neubürger gehen müssen.

Der Abend war ein voller Erfolg auf dem Wege des gemeinsamen Wirkens und des gemeinsamen Kampfes der Alt- und Neubürger.

Unter der Lupe

Wertheim

Faschistische Gangstermethoden
(Eigen-Bericht). Dem sozialdemokratischen Bürgermeister Roth von Wertheim wurde ein Drohbrief zugesandt, der so ziemlich den Gipfelpunkt nazistischer Frechheit und Gemeinheit darstellt. Das durch „Schwarze Hand“ unterzeichnete Schreiben endet mit der Drohung: „bei Nichterhaltung werden Dich unsere Würger kalt machen.“

Die Kommunistische Partei Wertheims veröffentlicht aus diesem Anlaß eine Erklärung, in der sie an die Drohbriefe und Fememorde nach dem 1. Weltkrieg erinnert. Sie betrachtet diesen Vorfall als ein Alarmzeichen und richtet den Ruf an alle, aus der Vergangenheit die geschichtlichen Lehren zu ziehen und den Faschisten mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Pforzheim

Aus dem Stadtrat
CDU und DVP lehnten den Antrag ab, drei Vertretern des Gesamt-Betriebsrates der Stadtverwaltung Sitz und Stimme im Personalausschuß zu geben. Die Vertreter des Betriebsrates können nur mit beratender Stimme im Personalausschuß teilnehmen.

Der frühere Oberst und Ritterkreuzträger Rentschler, der im Zuge der Personalpolitik des früheren Oberbürgermeisters Katz als Garten- und Friedhofverwalter eingesetzt wurde, ist wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten entlassen worden. Die Fraktion der Kommunistischen Partei verlangt Aufklärung, welcher Art die begangenen Unregelmäßigkeiten waren. Reinigung aller Abteilungen ist dringend notwendig, sie darf nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden.

Kommunistische Partei Pforzheim.

Verbrecherische Umtriebe der Junker

Laut „Neue Zeitung“, München, vom 15. d. M. besteht seit einigen Monaten auf dem Stammsitz des Freiherrn v. Stein, Schloß Kappenburg bei Iserlohn, eine „Exilregierung“ für Ostvertriebene unter Leitung von Graf Kanitz. Die Vorbereitungen zu diesem eigenartigen Gremium wurden bereits vor zwei Jahren von dem früher der NSDAP angehörenden Freiherrn von Rheinbaben getroffen. Rückgewinnung der deutschen Ostgebiete und vor allem die Zusammenarbeit des Adels zur Erlangung von Sonderrechten für Großgrundbesitzer seien das Ziel dieser „Exilregierung“.

Sie wittern Morgenluft, die Herren von und zu, die Krautjunker und Barone. Die Hetze gegen die Oststaaten, gegen den Kommunismus ist große Mode und da, so kalkulieren die adeligen Herrschaften nicht mit Unrecht, gedeiht am besten ihr Weizen.

Das Grauen des Hitlerkrieges ist noch nicht verblaßt. Schwer lastet das Chaos über Deutschland und der Welt. Millionen Tote und Verkrüppelte, Millionen Flüchtlinge und Ausgebombte. Riesengroß ist das Elend — aber diese Herrschaften verlangen „Sonderrechte“.

Der Verlust der Ostgebiete ist schmerzlich für Deutschland und erschwert unser Leben. Jeder Deutsche wünscht, daß im kommenden Friedensvertrag eine möglichst günstige Grenzregelung für Deutschland, für das einheitliche, demokratische Deutschland, getroffen wird. — Für die Junker allerdings geht es einzig und allein um die Wiedererlangung ihrer riesigen Ländereien, d. h. um die Möglichkeit auf Kosten der Landarbeiter, wie einst, ein Herrenleben zu führen.

Das ist der eigentliche Sinn und das Ziel der Verschwörung auf Schloß Kappenburg bei Iserlohn.

In verbrecherischer Weise wird die Sehnsucht nach der alten Heimat bei den Flüchtlingen ausgenutzt. Mündlich und schriftlich, legal und illegal, feiert die Hetze gegen die Oststaaten Triumphe, wird gedroht, wird versprochen. Nicht genug des Riesenelends aus dem zweiten Weltkrieg: „Der Krieg ist also noch nicht aus, der Tag, an dem eure Heimat gesäubert wird, ist bereits festgesetzt. Wenn die Stunde kommt werden wir handeln.“ So heißt es in einem Hetzschreiben an die Flüchtlinge, aufgetaucht im Kreise Tauberbischofsheim und anderswo.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man die Verbrecher, die dieses Hetzflugblatt in Umlauf gesetzt haben und die adeligen Verschwörer auf Schloß Kappenburg miteinander in Verbindung bringt. Dort auf dem Schloß sitzen die geistigen Urheber und die Interessenten dieser üblen illegalen faschistischen Propaganda. Und es finden sich leider genug sogenannte Demokraten, die „legal“ in ähnlicher Weise hetzen.

Das deutsche Volk darf aber nie vergessen, daß das Elend der Flüchtlinge, das Elend des Volkes in erster Linie mit das Werk des deutschen Junkertums ist. Neben den Industriegewaltigen sind die adeligen Großgrundbesitzer die Hauptschuldigen an Hitlers Raubkrieg. Entscheidende Positionen in der Kriegsmaschine hatte diese Schicht besetzt. Mehr als 50 Prozent der führenden Militärs stammt

Junkertum zu entmachten. In einem großen Teil Deutschlands ist dies bereits geschehen. Dort sind die Junker verjagt, ihr Land wurde den Bauern und Flüchtlingen gegeben. Bei uns im Westen sitzen sie immer noch auf ihren großen Gütern, führen ein Parasitendasein auf Kosten der Landarbeiter und des hungernden Volkes und organisieren neue Verschwörungen, die für das deutsche Volk nicht anders als verhängnisvoll sein können. Es ist an der Zeit, daß alle Antifaschisten diesem Treiben tatkräftig entgegen treten. Es ist an der Zeit, daß eine Bodenreform, die diese Schicht endgültig entmacht, auch im Westen Deutschlands durchgeführt wird. Ohne Entmachtung und entschädigungslose Enteignung des Junkertums kein demokratischer Aufbau, keine friedliche Zukunft für unser deutsches Volk.

K. G.

Kommunisten für Kleingärtner

Wie das Informationsblatt der Kommunistischen Partei Hessens mitteilt, stand auf der zweiten Tagung des Wirtschaftsrates ein Kartoffelerfassungsplan Schlange-Schöningsen zur Beratung, der sich statt gegen die Großgrundbesitzer gegen die Kleingärtner richtete und eine Kartoffelablieferung vorsah, wenn mehr als 25 qm Land pro Kopf der Familie bebaut werden.

Der kommunistische Abgeordnete Ficker wandte sich dagegen, daß der kleine Mann, der nach schwerer Arbeit in seinem Gärtchen sich noch etwas zusätzliche Nahrung schafft, in ungerechtfertigter Weise zur Ablieferung herangezogen wird.

Der kommunistische Antrag auf Heraussetzung der abgabefreien Anbaufläche für Kartoffeln auf 50 qm wurde bei Stimmhaltung der LDP einstimmig angenommen. Die eigene Fraktion Schlange-Schöningsen, die

CDU, mußte sich also auch gegen diesen reaktionären Plan wenden.

Die Vorgänge im Wirtschaftsrat und die Pläne des Diktators für Ernährung und Landwirtschaft, Schlange-Schöningsen, müssen bei den Kleingärtnern wie auch bei den Landwirten die größte Beachtung finden. Wachsamkeit tut not. Schlange-Schöningsen hat durch seine Vergangenheit bewiesen, daß er mit aller Konsequenz die Interessen des Großgrundbesitzes vertritt, auf Kosten der Arbeiter und Bauern. Den Anschlag auf die Kleingärtner, diesmal mißlungen, wird Schlange-Schöningsen eben ein andermal wiederholen. Beachtet der Kleingärtner diese Vorgänge nicht, wehrt er sich nicht, wird man ihn eines schönen Tages um die Frucht seiner Mühen und seiner Arbeit bringen. Die Kleingärtner selbst, zusammengeschlossen in Kleingärtnervereinen, sind berufen, hier ihr Veto einzulegen und solche reaktionären Pläne zu verhindern.

Neue Kleingärten in Mannheim

Dem Mannheimer Stadtrat wurde in seiner Sitzung vom 18. 9. ein Plan der Stadtverwaltung zur Erweiterung des Kleingartengeländes vorgelegt. In zehn verschiedenen Stadtteilen sollten neue Kleingärten auf einem Gelände von insgesamt 40 ha erstellt werden, das jedoch teilweise schon jetzt landwirtschaftlich genutzt wird. Es handelt sich dabei meist um Kleinbauern, kleine Pächter und Arbeiter, die Ackergelände für Kleingärten hergeben sollen.

Den Standpunkt der Kommunisten zu dieser Frage vertrat Stadtrat Weber, der sich grundsätzlich für die Schaffung neuer Kleingärten aussprach und deren Wert für unsere Volksernährung würdigte. Stadtrat Weber wandte sich jedoch dagegen, daß man Kleinbauern, Kleinpächtern und Arbeitern Ackerland wegnimmt. Nicht die Enteignung der kleinen Leute, die Landwirtschaft treiben, sondern die Enteignung des Großgrundbesitzes steht in Deutschland auf der Tagesordnung.

Bei den übrigen Fraktionen des Stadtrates waren die Meinungen geteilt. Der Fraktionsführer der CDU, Stadtrat Kuhn, setzte sich warm für

die Vorlage der Stadtverwaltung ein und gab damit seinem Einverständnis Ausdruck, daß den kleinen Landwirten der Boden entzogen wird.

Mit großer Mehrheit, gegen nur sieben Stimmen, wurde die Vorlage der Stadtverwaltung abgelehnt. Es wurde beschlossen, den Kleingartenvereinen das vorgesehene Gelände, soweit es nicht von Kleinlandwirten landwirtschaftlich genutzt ist, für Dauerkleingärten zur Verfügung zu stellen.

Bei dieser Gelegenheit erlauben wir uns wieder einmal, bei der Stadtverwaltung anzufragen, was sie mit dem Gelände, das in Mannheim noch brach liegt, zu tun gedenkt. In der Gartenstadt bei der Kinderreichen-Siedlung dürfte es sich um ca. 4 ha handeln, hinter der Bahnlinie Waldhof-Käfertal bei der Firma Daimler-Benz um ebenfalls 3-4 ha. Brachliegende Flächen trifft man auch an vielen anderen Stellen Mannheims. Wir vermissen hier, und haben das wiederholt zum Ausdruck gebracht, die Initiative der Stadtverwaltung. Es ist und bleibt unverantwortlich, in der heutigen Notzeit anbaufähiges Gelände, wenn es auch nicht gerade der beste Boden ist, brachliegen zu lassen.

—kg—

Brühl

Kommunistischer Gemeinderat gibt Rechenschaft

Nachdem die Gemeindeverwaltung es abgelehnt hat, in einer öffentlichen Bürgerversammlung Aufklärung über die Verhältnisse in Brühl zu geben, ruft hiermit die Kommunistische Partei alle Einwohner der Gemeinde Brühl auf, am kommenden Donnerstag, 25. 9., im Saale „Zum Ochsen“, zur allgemeinen Bürgerversammlung zu erscheinen, in welcher der kommunistische Gemeinderat Bockmeyer zu den Gemeinde-Angelegenheiten sprechen wird.

Eigenartige Entnazifizierung

Von der Spruchkammer Schwetzingen wurde der frühere Ratschreiber von Brühl, Schnepf, als Mitläufer mit 1500 Mark Geldstrafe entnazifiziert. Schnepf gilt in Brühl als der wirkliche Organisator aller Feiern und Veranstaltungen der Nazis, er war mit der goldenen Nadel

ausgezeichnet und Teilnehmer am Parteitag in Nürnberg. Bürgermeister Keßler aus Brühl und der katholische Geistliche waren Entlastungszeugen für Schnepf. Der Bürgermeister, der in Gemeinderatsitzungen Schnepf als am meisten belastet bezeichnete, stellte ihm jetzt das beste Zeugnis aus.

Die Spruchkammer Schwetzingen kann aber auch andere Urteile fällen. Das beweist der Fall des ehemaligen Rektors Faulhaber. Dabei handelt es sich allerdings um einen Menschen, der auch heute noch nicht vor dem Herrn Pfarrer auf die Knie gefallen ist. Diesem Betroffenen stand ein Fülle von Entlastungszeugen zur Verfügung, darunter namhafte Antifaschisten. Die Kammer stützte sich jedoch zu sehr auf die Aussagen des Zeugen Käser, der dem Rektor die Schuld an seiner Versetzung zum Maß. Der ehemalige Rektor jedoch kann sein Recht nicht finden, weil die Schwetzingener Spruchkammer diesmal zufällig anders zusammengesetzt war und kein Pastor die schützende Hand über ihm

ausstreckt. Die Kommunistische Partei prangert die skandalöse Entnazifizierungspraxis in der Öffentlichkeit an und erhebt dagegen Protest.

Kommunistische Partei Brühl.

Zur Beachtung!

Ausgeschlossen aus der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde wegen schwerem parteischädigendem Verhalten Müller, Jakob, Altersrentner, geb. 19. 6. 75, Mannheim-Waldhof, Jakob-Faulhaber-Straße 36, Mitgl.-Nr. 40. Das Mitgliedsbuch ist ungültig. Kommunistische Partei Deutschlands, Landesbezirksvorstand Nordbaden.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45 000.